Wachstum first

Wachstum first

Den Wirtschaftsstandort priorisieren

Ein dauerhaft starkes Wirtschaftswachstum ist die Basis fu?r staatliche Handlungsfähigkeit in allen Bereichen. Erfolgreiche Unternehmen schaffen die Grundlage fu?r Arbeitsplätze, wirtschaftliche Stabilität und Steuereinnahmen.
Nur mit genu?gend finanziellem Spielraum kann sich Berlin um Investitionen in die Infrastruktur und in die eigene Sicherheit ku?mmern. Die Qualität des Standorts muss daher in den Fokus der Politik ru?cken. Es geht darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Stadt zu steigern. Denn Berlin konkurriert mit anderen Metropolen in Europa und weltweit um hochwertige Investitionen und zukunftssichere Arbeitsplätze. Zugleich sind das weltwirtschaftliche Klima und der Wettbewerb fu?r die Berliner Unternehmen deutlich herausfordernder geworden.

Das fordern wir:

Keine unnötigen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft: Eine Ausbildungsplatzabgabe wu?rde fu?r die Betriebe u?bermäßige Kosten und den Aufbau einer neuen Bu?rokratie bedeuten. Dabei löst sie kein einziges Problem auf dem Ausbildungsmarkt.

Einen Ru?ckbau bu?rokratischer Hu?rden: Neue Gesetzesvorhaben mu?ssen kostenneutral sein. Fu?hren sie zu zusätzlichen Belastungen, muss es an anderer Stelle finanzielle Kompensationen geben (One in/One out-Regelung). Zudem mu?ssen neue Regelwerke digital umsetzbar sein.
Ein Normenkontrollrat auf Landesebene pru?ft alle Vorhaben auf ihre Auswirkungen in der Praxis und auf ihre Belastungswirkung.

Mehr Tempo bei der Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung: Die Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirken mu?ssen schnell und klar umgesetzt werden. Alle Kontakte zwischen Unternehmen und Behörden mu?ssen auf digitalem Weg ermöglicht werden. Neue Ämter und Zuständig keiten der Verwaltung, etwa fu?r den Wohnungsmarkt oder Ausbildungsstellenmarkt, lehnen wir ab.

Beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren: Nötig sind verbindliche Fristen, Vorantragskonferenzen, ein Track&Trace-System wie in Hamburg und das Instrument der Genehmigungsfiktion. Ämter und Behörden sollen Projekte und Investitionen ermöglichen, statt sie zu verhindern.

Die Weiterentwicklung hin zu einem Tourismus 2.0 in Berlin: Es braucht eine abgestimmte Planung und Akquisition von großen Messen, Kongressen, Kultur- und Sportveranstaltungen, aktiv unterstu?tzt durch das Berlin Event Board. Die City-Tax sollte zumindest teilweise fu?r besondere touristische Projekte verwendet werden.

Die Bu?ndelung aller Kräfte in der Stadtgesellschaft fu?r eine Bewerbung um die Olympischen Spiele: Es braucht ein Konzept, das die sportlichen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Chancen fu?r die Hauptstadt und ganz Ostdeutschland zeigt.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

zurück zur Übersicht

Ihr Ansprechpartner

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:
+49 30 31005-240

E-Mail:
Weickert [at] uvb-online.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF